LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
16/3218

A01, A04

AOK Die Gesundheitskasse.

AOK Postfach 10 13 42 40004 Düsseldorf

AOK Rheinland/Hamburg
Die Gesundheitskasse

Leiter Stabsbereich Gesundheitspolitik

Kasernenstraße 61
40213 Düsseldorf
Telefon: (0211) 87 91 – 0
Telefon: (0177) 654 654 8
Telefax: (0211) 87 91 - 11 45
E-Mail: Christoph.Rupprecht@rh.aok.de

Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
Carina Gödecke
Landtag NRW
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

Ihr Gesprächspartner	Durchwahl	Datum
Christoph J. Rupprecht	(0211) 87 91 - 11 54	06.11.2015

Erstes allgemeines Gesetz zur Stärkung der Sozialen Inklusion in Nordrhein-Westfalen – Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 18. November 2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die AOK Rheinland/Hamburg begrüßt die vorliegende Gesetzesinitiative und deren Zielsetzung, die Entwicklung hin zu einer inklusiven Gesellschaft weiter zu fördern, ausdrücklich. Dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen wir uns in unserer täglichen Arbeit und möchten dieses Ziel künftig nachhaltig unterstützen, das auch im geplanten Inklusionsbeirat.

Hinsichtlich der in Artikel 3 § 9 Absatz 1 genannten Aufgabe der Fachkommission zur Förderung der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Eingliederungshilfe – Erarbeitung einer Rahmenempfehlung unter Einbeziehung der gesetzlichen Krankenkassen – bitten wir daher um Klarstellung. Hierzu verweisen wir auf § 30 Abs. 3 SGB IX, der eine gleichberechtigte Erarbeitung von entsprechenden Empfehlungen vorsieht.

Inklusive Lebensverhältnisse können nur schrittweise und im engen Dialog mit den Betroffenen selbst verwirklicht werden. Zielvereinbarungen halten wir daher im Prinzip für ein sachgerechtes Instrument. Gleichwohl benötigt deren Umsetzung auch die notwendigen Ressourcen und Konkretisierungsgrad. Das gilt insbesondere für die Ebene der Kommunen, die sich auch mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen, mit einem Mehr an Aufgaben konfrontiert sehen. Nur starke, kompetente und handlungsfähige Kommunen können den Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft beschreiten.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Wältermann
Vorsitzender des Vorstandes